

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/41

28. Februar 1974

Die Ziele des Franz Josef Strauß

CDU-Vorsitzender auf der Flucht nach vorn

Seite 1 / 36 Zeilen

CDU-Minister wirbt für Springer

Und Springer macht Wahlkampf für die CDU

Von Werner Boldt

Pressesprecher der SPD in Schleswig-Holstein

Seite 2 / 35 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Denkanstöße zur Fraktionsarbeit

Von Klaus Matthiesen MdL

SPD-Fraktionsvorsitzender in Schleswig-Holstein und
Mitglied des SPD-Parteiirates

Seite 3 bis 5 / 196 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Die Ziele des Franz Josef Strauß

CSU-Vorsitzende auf der Flucht nach vorn

Die Vilshofener Aschermittwoch-Rede 1974 des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß stellt ungeachtet der Tatsache, daß sie trotz zweieinhalb-stündiger Dauer nur ein mit Energiemenge und Tempolimit aktualisierter Wiederaufbau früherer Schimpfkanonaden desselben Ortes und Anlasses war, dennoch eine Zäsur dar, deren Bedeutung nicht übersehen werden darf. Strauß, der im Grunde trotz vorübergehender Bundesministertätigkeit schließlich persönlich doch erfolglos geblieben ist, will seine letzten Chancen mit allen robusten Mitteln nützen.

Er propagiert daher Angst, um zu erschrecken und dem vom pausenlosen Dröhnen der Strauß-Stimme ernervten Zuhörer zu suggerieren, daß es nun allerhöchste Zeit sei, diesen ganzen unfähigen und unbrauchbaren Regierungsladen in Bonn abzulösen und an seine Stelle den großen Retter und Führer zu inthronisieren, der mit radikaler Anwendung von "law and order" den Linken und Liberalen schon Mores lehren werde.

Das große Ziel des Franz Josef Strauß ist es, bei der von ihm erhofften Ablösung im Jahre 1976 ins Kanzleramt einziehen zu können. Obwohl er in keinem einzigen Fall eine brauchbare Alternative anzubieten vermag, rechnet er doch damit, daß es ihm möglich sein könnte, bis dahin die von ihm mit Feindbildern zugedeckten Sozialdemokraten zumindest in der Volkmeinung so ausmanövriert zu haben, daß dem Wähler dann kein anderer Ablöser mehr einfallen könnte als eben dieser Franz Josef Strauß. Als Zwischenphase könnte eine vorübergehende Ministerpräsidentschaft in Bayern durchaus hilfreich sein.

Strategie und Taktik des Franz Josef Strauß sind auf diese Ziele eingerichtet. Vilshofen 1974 muß daher als wichtiger Einschnitt beachtet und einkalkuliert werden. Der CSU-Vorsitzende hat unter dem selbstgesetzten Zeitzwang die Flucht nach vorn angetreten und glaubt, wenn er nur möglichst viel Porzellan zerschlage, daß man ihn auf dem Scherbenhaufen dann noch besser hören und sehen würde. Man wird also allen Anlaß haben, jeden Schritt des Franz Josef Strauß sorgsam genug zu beobachten, damit man weiß, wann man woran ist. Und jetzt schon ist es notwendig, durch pausenlose Information die Vernunft der Bundesbürger zu mobilisieren, bevor es gefährlich werden sollte. (ee/28.2.1974/bgy/ee)

+ + +

CDU-Minister wirbt für Springer

Und Springer macht Wahlkampf für die CDU

Von Werner Boldt

Pressesprecher der SPD in Schleswig-Holstein

Der Axel-Springer-Verlag hat den Wahlkampf in Schleswig-Holstein sehr frühzeitig eingeleitet. Rund acht Wochen vor der Kommunalwahl und etwa anderthalb Jahre vor der Landtagwahl im nördlichsten Bundesland überschüttet die Vertriebsabteilung der "Welt" eine noch unbekannte Zahl von Haushalten mit dem "Patenschaftsangebot", für ein Jahr lang die Tageszeitung kostenlos ins Haus zu schicken. Ironie des sogenannten Schicksals oder des Adressenlieferanten: Als einer der ersten im Lande erhielt ein solches Angebot der Oppositionsführer im Landtag, Klaus Matthiesen, der darüber noch lachen konnte.

Erster wurde es für die SPD, als diesem Brief ein weiterer folgte, der die mehr oder weniger geheime "Koalition" zwischen dem Springer-Verlag und der schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung öffentlich machte. Der CDU-Sozialminister Karl Eduard Claussen verschickte - mit Amtsbezeichnung und Dienstadresse! - rund 500 persönliche Briefe an Haushalte seines Wahlkreises im Hamburger Randgebiet, in denen er das Bundespresseamt, die "Hof- und Jubalpresse" sowie die "Meckerpresse" angriff. Eine "gute Zeitung", schrieb der CDU-Landesminister, sei die "Welt", weshalb er veranlaßt habe, daß dem Adressaten "einige Zeit lang" das Blatt kostenlos zugesandt werde. Abgesehen von Diffamierung des Bundespresseamtes und zahlreicher kleinerer Zeitungen auch in Schleswig-Holstein, gegen die sich die Betroffenen selbst zur Wehr setzen sollten: Hier handelt es sich um eine so gravierende Verquickung von politischem Amt und Geschäft, wie sie in dieser Art bisher im Bundesgebiet noch nicht vorgekommen ist. Sicher hatten Bundestageabgeordnete - so CSU-MdB Paul Röhner - Amt und Namen schon einmal für Springer hergegeben. Noch nie aber ein entzierender Minister.

Als die SPD-Fraktion den unerhörten Vorfall nun über einen Dringlichkeitsantrag im Landtag diskutieren wollte, stimmte die absolut herrschende CDU dagegen. Die Begründung - das sei "Privatsache" des Ministers - nahm der CDU freilich kaum jemand ab. Die Debatte wurde bis nach der Kommunalwahl vertagt, und aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Als Warnung für die immer bedenkenloser werdende Zusammenarbeit zwischen dem Springer-Verlag und der CDU ist dieses Beispiel vor allem auch von jenen Zeitungen im Hamburger Umland verstanden worden, die sich dem Zugriff des Zeitungskonzerns bisher noch antziehen konnten.

(-/28.2.1974/bgy/ee)

Aktuelle Dokumentation des SPD-PresseDienstes

Denkanstöße zur Fraktionsarbeit

Von Klaus Matthiesen MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender in Schleswig-Holstein
und Mitglied des SPD-Parteirates

Einer Grundsatzarbeit, in der sich Matthiesen mit "Möglichkeiten des strukturellen und funktionalen Wandels der Fraktionsarbeit" beschäftigt, entnehmen wir folgende Passagen:

"Dabei geht es um folgende Probleme:

1/ Obwohl wir wissen, daß alle Institutionen und Organisationen dahin tendieren, ihre Mitglieder den bestehenden Arbeitsformen, Verhaltensweisen und Herrschaftsstrukturen anzupassen, haben wir die Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen diese Anpassungstendenzen überwunden werden können und die qualitativen Veränderungen nach den Inhalten der Doppelstrategie zu lassen, nicht untersucht und diskutiert.

2/ Obwohl wir wissen, daß Parlamente und Fraktionen in ihrer Arbeit hauptsächlich auf die Mechanik formaler Gesetzgebungsprozesse fixiert sind, und sich der Basis - d.h. der Partei, den Wählern, den Betroffenen - entfremden, besitzen wir keine Konzeption, um Parlaments- und Fraktionsarbeit zum Instrument der Vermittlung von Basisinteressen einerseits und der Umsetzung von Problemanalysen, politische Gesamtperspektiven und Prioritäten in die Basis andererseits umzufunktionieren.

3/ Obwohl wir wissen, daß die Effektivität einer politischen Position (z.B. Mandatsträger) arbeitsteilig verbunden ist mit anderen politischen Positionen, sind wir in Fraktion und Parlamenten immer noch auf personenbezogene Einzelleistungen fixiert. Meist geht es nicht um die Gesamtaufgabe, meist geht es um den Selbsterhaltungseffekt einzelner. Die Einzelverantwortung und die Einzelkarriere machen Fraktionsarbeit oft mehr zum Kampf um politische Positionen als zum Kampf um politische Gesamtziele. Konkurrenzverhalten und Machtkämpfe werden zur Durchsetzung des eigenen Standpunktes und der eigenen Profilierung inszeniert.

4/ Obwohl die Systeme und Apparate, mit denen wir arbeiten, so komplex sind, daß sie ein einzelner nicht mehr überblicken kann, haben wir die Fraktionsarbeit in Spezialistentum und Facharbeitskreise aufgesplittert. "Politische Erb- und Höfnerhöfe" und Informationsmonopole sind die Folge. Anstatt gesellschaftspolitische Analyse- und Zieldiskussion zu betreiben, zerfasert sich die Arbeit in Detailstreitigkeiten. Konflikte werden heute nicht ausgetragen oder können nicht gelöst werden, weil sie für die Beteiligten nicht offenliegen und weil kein Maßstab gebildet worden ist, der Ziele für die Gesamtarbeit setzt. Die notwendige Folge ist eine extreme Reduzierung kooperativen Verhaltens.

5/ Der einzelne kann allein nicht mehr alles wissen und tun, denn sein Überblick ist beschränkt und seine Erfahrungen sind spezialisiert. Aber

wir lernen es nicht, mit anderen Ideen und Kenntnissen zu teilen, für neue Fragestellungen offen zu sein, Politik als Lernprozeß zu begreifen, weil es dafür keinerlei soziale Honorierungen gibt.

Lösung in kooperativem Lernprozeß

Deshalb lautet die Frage: Was ist zu tun, um gesellschaftspolitische Probleme von hoher Komplexität in Gesamtkonzeptionen einzuordnen und sie in einen kooperativen Lernprozeß mit den vielen Betroffenen und Beteiligten zu lösen...

Hinzu kommt, daß politische Parteien und Fraktionen an Mehrheitsbewahrung und Mehrheitsbildung existentiell interessiert sein müssen. "Experimente" leisten sie sich nur, wenn sie eine große Chance bieten, gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen und politische Machtpositionen auszubauen.

Die SPD-Landtagsfraktion im schleswig-holsteinischen Landtag in Kiel hat in diesem Bereich neue Modelle erprobt. Im folgenden soll die Struktur dieser Arbeit kurz dargestellt werden. Sie beruht auf den speziellen Bedingungen unserer Fraktion und ist nicht als Patentrezept übertragbar. Die wichtigsten Bedingungen sind einerseits die Oppositionsrolle, andererseits die noch gegebene Überschaubarkeit bei 32 Abgeordneten und nicht zuletzt die hier besonders stark erhobenen politischen Ansprüche zur Veränderung der Gesellschaft.

Arbeit nach Schwerpunktthemen

Die Voraussetzung für eine Veränderung der Fraktionsarbeit ist das Bilden von Gesamtebenen für die Strategie und für die inhaltlichen Ziele der politischen Arbeit. Die Fraktion hatte in einer Klausurtagung einen solchen Maßstab aufgestellt, der folgende Kriterien enthält:

1/ Wird das Ziel, gesellschaftliche Konflikte aufzudecken, strukturelle Widersprüche aufzuzeigen und ihnen mögliche Alternativen entgegenzusetzen, erreicht?

2/ Wird eine stärkere Solidarisierung von Betroffenen mit der SPD und eine bessere Information über gesellschaftliche Grundprobleme und deren Zusammenhänge bewirkt?

3/ Wird der politische Gegner wirksam angegriffen und in für ihn ungünstige Positionen gedrängt?

4/ Ergeben sich bessere organisatorische Formen der Fraktionsarbeit, vor allem im Hinblick auf eine stärkere politische Mobilisierung der Basis und auf eine intensivere Umsetzung von Gesamtkonzeptionen, gesellschaftlichen Perspektiven und Prioritäten durch die Fraktion?

Insgesamt wurden folgende Arbeitsbereiche für eine Schwerpunktarbeit der Fraktion nach folgender Rangordnung entwickelt:

1/ Sichere Arbeitsplätze (Vertretung der Arbeitnehmerinteressen);
2/ Sicherung der Zukunft unserer Kinder; 3/ Menschenwürdiges Wohnen und menschenwürdige Umwelt; 4/ Soziale Sicherheit; 5/ Demokratie und Emanzi-

pation; und 6/ Gebietsreform.

Diese Liste wurde ergänzt durch die vermuteten Prioritäten und Positionen des politischen Gegners. Sie liegen vor allem in: 1/ dem Problem der Stabilitätspolitik (Drängen in die falsche Alternative, entweder Inflation oder Reform); 2/Sicherheitspolitik (Ordnung und Sicherheit als politische Priorität); und 3/ Agrarpolitik (Stabilisierung dieser speziellen Interessengruppe).

Dies sind alles Ergebnisse intensiver Grundsatzdiskussion zu Fragen der Theorie und Analyse, der Strategie und Taktik. Solche Diskussionen sind jeweils vor der Festlegung der Arbeitsergebnisse der Fraktion für einen mittleren Zeitraum (sechs Monate bis ein Jahr) notwendig, um einen Konsensus über die Grundlagen der Arbeit herzustellen. Diese Diskussionen greifen nach Abwicklung eines Schwerpunktthemas die Arbeitsergebnisse kritisch auf. Es soll so ein Prozeß entstehen, der über die Bildung von Arbeitsgrundlagen zur Gestaltung konkreter Projekte zurück zur Kontrolle und Korrektur der Arbeitsgrundlage wird.

Schlußfolgerungen für die Arbeit

Folgende Schlußfolgerungen müssen gezogen werden:

1/ Es ist notwendig, den Vermittlungsbereich zwischen Basisarbeit einerseits, Partei- und Fraktionsarbeit andererseits zu verbessern. Es müssen Formen für Konferenzen und Aktionen gefunden werden, die dies leisten.

2/ Die wichtigsten Betroffenen der Landesorganisation der Partei, der Jungsozialisten, der sozialdemokratischen Gemeinschaften der Kommunalpolitik und der Bundestagsabgeordneten müssen schon bei der Entwicklung der Planung einbezogen werden.

3/ Bei der Planung muß die beabsichtigte Strategie übergeordneter Ebenen (soweit vorhanden) erkundet werden, um das Thema und die Aktionen damit zu synchronisieren.

4/ Die Durchführungsphase eines Schwerpunktprojektes muß gleichzeitig die Planungsphase des nächsten Schwerpunktprojektes sein. Es muß ein mittelfristiges Phasenkonzept der Schwerpunktprojekte (zwei bis vier Jahre) unter dem Gesichtspunkt einer mittelfristigen Strategie erstellt werden.

5/ Man muß eine Einsatzreserve für ad hoc-Initiativen im Rahmen des Schwerpunktthemas bilden.

6/ Man muß die Grundsatzdiskussion besser bei der Vermittlung der Projekts verankern und deshalb die Zahl der Projekte einschränken."

(-/28.2.1974/ka/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert